

THÜRINGER LANDTAG

Kopie der Antwort an Fragesteller

Anfrage 3507

Drs. 6/6748

*Den Fraktionen des
Thüringer Landtags
zur Kenntnisnahme*

Der Minister

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz · Postfach 90 04 62 · 99107 Erfurt

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Diezel
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Dieter Lauinger

Durchwahl:
Telefon 0361 573511-801
Telefax 0361 573511-808

poststelle@
tmmjv.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)
0016/E-3577/2018

Erfurt,
31. Januar 2019

**Kleine Anfrage 3507 des Abgeordneten Herrgott (CDU) - Änderung der
ThürGUSVO - Sozialbetreuung -**

mit 7 Überstücken mit jeweils 3 Anlagen

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die vorbezeichnete Kleine Anfrage des Abgeordneten Herrgott (CDU)
beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Frage 1:

*Wie viel Prozent der für eine Gemeinschaftsunterkunft oder ein bestimmtes
Gebiet zuständigen Personen, die in der migrationspezifischen Betreuung
und Beratung tätig sind, erfüllten die Qualifikationsanforderungen nach Anla-
ge 2 (zu § 2 Abs. 1) Nr. 3 Satz 1 Buchst. a ThürGUSVO per 31. August 2018
(bitte nach Gebietskörperschaft und Tätigkeitsgebiet unterteilen)?*

Antwort:

Zur Beantwortung der Frage wird auf die Angaben in Anlage 1 verwiesen.

Frage 2:

*Wie viele Neueinstellungen erfolgten im Bereich der migrationspezifischen
Betreuung und Beratung seit dem Jahr 2014 (bitte nach Jahr und Gebiets-
körperschaft aufschlüsseln)?*

Antwort:

Zur Beantwortung der Frage wird auf die Angaben in Anlage 2 verwiesen.

Thüringer Ministerium für
Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

Frage 3:

Wie viele Umsetzungen erfolgten im Bereich der migrationspezifischen Betreuung und Beratung seit dem Jahr 2014 (bitte nach Jahr und Gebietskörperschaft aufschlüsseln)?

Antwort:

Zur Beantwortung der Frage wird auf die Angaben in Anlage 3 verwiesen.

Frage 4:

Wie viele staatlich anerkannte Sozialbetreuer und staatlich anerkannte Sozialpädagogen stehen dem Thüringer Arbeitsmarkt per 31. August 2018 und perspektivisch bis zum Jahr 2022 zur Verfügung?

Antwort:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Frage 5:

Wie viele der Thüringer Stellen mit dem Anforderungsprofil staatlich anerkannter Sozialbetreuer und staatlich anerkannter Sozialpädagoge waren in Thüringen per 31. August 2018 unbesetzt (bitte nach Gebietskörperschaft aufschlüsseln)?

Antwort:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Frage 6:

Wie unterstützt die Landesregierung die Landkreise und kreisfreien Städte außerhalb von Hochschulstandorten bei der Personalgewinnung?

Antwort:

Die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen nach dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz obliegt den Landkreisen und kreisfreien Städten im übertragenen Wirkungskreis. Im Rahmen dessen haben sie über den Einsatz von Personal zu entscheiden. Geeignetes Personal wird regelmäßig durch Stellenausschreibungen gewonnen. Insoweit bedarf es keiner Unterstützung des Landes, da hier aufgrund einer Auswahl zwischen den Bewerberinnen und Bewerbern von den kommunalen Gebietskörperschaften zu entscheiden ist.

Frage 7:

Mit wie vielen Kündigungen rechnet die Landesregierung, um das Quorum der Anlage 2 (zu § 2 Abs. 1) Nr. 3 Satz 3 ThürGUSVO zu erfüllen und in welcher Form werden den Kommunen die mit den arbeitsrechtlichen Maßnahmen verbundenen Kosten erstattet?

Antwort:

Die Umsetzung der Regelungen der Thüringer Gemeinschaftsunterbringungs- und Sozialbetreuungsverordnung (ThürGUSVO), zu denen die der Fragestellung zugrundeliegende Ziffer 3, Satz 3 der Anlage 2 zu § 2 Abs. 1 ThürGUSVO mit der darin festgelegten Quote an qualifiziertem Sozialbetreuungspersonal gehört, wird von der Aufgabenwahrnehmung der kommunalen Gebietskörperschaften im übertragenen Wirkungskreis umfasst. Damit verbundene Personalentscheidungen sind von den Landkreisen und kreisfreien Städten in ihrem Zuständigkeitsbereich zu treffen und können je nach konkreter Fallkonstellation unterschiedlich ausfallen, etwa im Hinblick auf die Beendigung von Betreiberverträgen und erforderliche Kapazitätsreduzierungen oder das Ausscheiden von Personal auf eigenen Wunsch. Derartige Entwicklungen und Planungen der kommunalen Gebietskörperschaften können sich auf die Quote auswirken. Zudem bietet die in Ziffer 3, Satz 3 der Anlage 2 zu § 2 Abs. 1 ThürGUSVO vorgesehene Übergangsfrist von 2 Jahren hinreichend Zeit für eine betreffende Personalplanung, was insbesondere die Möglichkeit der Weiterbildung oder entsprechenden Qualifizierung bereits eingesetzten Personals eröffnet. Welche Lösungen hier konkret gewählt werden, liegt in der Entscheidungskompetenz der einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte. Darüber hinaus kann nach den Umständen des Einzelfalls gemäß Ziffer 3, Satz 4 der Anlage 2 zu § 2 Abs. 1 ThürGUSVO mit Zustimmung des Landesverwaltungsamts von der festgelegten Quote abgewichen werden, insbesondere wenn das geforderte qualifizierte Personal auch im Ergebnis von Ausschreibungsverfahren nicht zur Verfügung steht.

Hypothetische Angaben zu Kündigungen und etwaigen Kosten sind daher seitens des Landes nicht veranlasst.

Frage 8:

Welchen Standpunkt vertritt die Landesregierung hinsichtlich der Auffassung, dass in gemeinschaftlichen Unterkünften, die zur Unterbringung männlicher Personen bestimmt sind, mit Rücksicht auf kulturelle und religiöse Wertanschauungen der Bewohner, bevorzugt Sozialbetreuung durch männliche Mitarbeiter vorgenommen werden sollte?

Antwort:

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Unterkünfte, die im Sinne der Fragestellung nur zur Unterbringung männlicher Personen bestimmt sind, weder im Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz noch in der Thüringer Gemeinschaftsunterbringungs- und Sozialbetreuungsverordnung vorgeschrieben sind.

Soweit sich kommunale Gebietskörperschaften für die Belegung einer Gemeinschaftsunterkunft mit ausschließlich männlichen Personen entscheiden, treffen auch in diesem Fall unterschiedliche Kulturen, Religionen und ggf. auch verschiedene geschlechtliche Identitäten zusammen. Insoweit ist die dargestellte Auffassung, dass in Unterkünften mit ausschließlich männlicher Belegung eine Sozialbetreuung nur durch männliche Mitarbeiter vorgenommen werden sollte, fraglich und die alleinige Sicherstellung der Sozialbetreuung durch männliche Sozialbetreuer nicht hinreichend. Wichtig ist nach Ansicht der Landesregierung diesbezüglich, dass in einer Gemeinschaftsunterkunft sowohl eine weibliche als

auch eine männliche Ansprechperson erreichbar sind, um bei Bedarf jeweils die Anliegen des untergebrachten Flüchtlings aufnehmen und in geeigneter Weise weiterhelfen zu können, sei es durch eigene Kompetenz oder durch Hinzuziehung fachkundiger Dritter oder Verweis an diese. Ansprechpartner sind wichtig für die Vertrauensbildung der untergebrachten Personen sowie für die Gewaltprävention und den Gewaltschutz.

Frage 9:

Wie definiert die Landesregierung "unverzichtbare kulturelle Standards des Zusammenlebens" in Anlage 2 (zu § 2 Abs. 1) Nr. 1 Buchst. c ThürGUSVO?

Antwort:

Die Vermittlung und Durchsetzung „unverzichtbarer kultureller Standards des Zusammenlebens“ wurden bereits als Ziel und Inhalt der sozialen Betreuung und Beratung in der ThürGUSVO vom 20. Mai 2010 bestimmt und finden sich auch in der aktuellen Fassung der Verordnung. Unter „unverzichtbaren kulturellen Standards des Zusammenlebens“ sind insbesondere grundlegende Regeln der Gesellschaft zu verstehen, die es allen Menschen ermöglichen sollen, gedeihlich zusammenzuleben, ohne die eigene Identität, Kultur oder Religion aufgeben zu müssen. Dazu gehören beispielsweise Toleranz und Respekt allen Menschen gegenüber, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, das Einhalten von Gesetzen, die Beachtung von Verkehrsregeln sowie das Sauberhalten seiner Umgebung. Ziel und Inhalt der Sozialbetreuung ist es mithin, die Grundlagen für ein friedliches und förderliches Miteinander in unserer Gesellschaft zu vermitteln und für deren Einhaltung Sorge zu tragen.

Frage 10:

Wie viele Ausschreibungsverfahren müssen angestrengt werden, um den Ausnahmetatbestand der Anlage 2 (zu § 2 Abs. 1) Nr. 3 Satz 4 ThürGUSVO zu erfüllen?

Antwort:

Ausnahmen nach Ziffer 3, Satz 4 der Anlage 2 zu § 2 Abs. 1 ThürGUSVO sind mit Zustimmung des Thüringer Landesverwaltungsamts zulässig, insbesondere wenn das geforderte qualifizierte Personal auch im Ergebnis von Ausschreibungsverfahren nicht zur Verfügung steht. Ob eine solche Ausnahme vorliegt, ist nach den Umständen des Einzelfalls zu beurteilen. Daher ist bereits in der Verordnung keine konkrete Anzahl durchzuführender Ausschreibungsverfahren bestimmt worden und kann auch nicht im Wege der Beantwortung dieser Frage durch die Landesregierung erfolgen.

Frage 11:

Durch welche Stelle wird die Sozialbetreuung während der Auswechslung des nicht ausreichend qualifizierten Personals, also der Kündigung und dem Bemühen um Neubesetzung, gewährleistet?

Antwort:

Die in Ziffer 3, Satz 3 der Anlage 2 zu § 2 Abs. 1 ThürGUSVO vorgesehene Übergangsfrist von 2 Jahren bietet hinreichend Zeit für eine entsprechende

Personalplanung. Ausnahmesituationen kann nach Ziffer 3, Satz 4 der Anlage 2 zu § 2 Abs. 1 ThürGUSVO Rechnung getragen werden.
Im Übrigen wird hinsichtlich der Zuständigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften auf die Beantwortung der Frage 7 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen


Dieter Lauinger

Anlage 1 zur Kleinen Anfrage 3507 des Abgeordneten Herrgott (CDU)

| Landkreis/kreisfreie Stadt | Tätigkeitsgebiet* | Anteil der Personen, die die Qualitätsanforderungen nach Ziffer 3, Satz 1, Buchstabe a der Anlage 2 zu § 2 Abs. 1 ThürGUSVO erfüllen in Prozent** |
|-------------------------------|-------------------|---|
| Altenburger Land | Landkreis | 100 |
| Eichsfeld | Landkreis | 50 |
| Eisenach | Stadt | 44 |
| Erfurt | Stadt | 95 |
| Greiz | Landkreis | 28 |
| Hildburghausen | GU 1 | 20 |
| | GU 2 | 10 |
| | GU 3 | 20 |
| | GU 4 | 0 |
| | GU 5 | 100 |
| | GU 6 | 0 |
| | EU | 100 |
| Ilm-Kreis | Landkreis | 29 |
| Jena | Stadt | 64 |
| Kyffhäuserkreis | Landkreis | 33 |
| Nordhausen | GU 1 | 100 |
| | GU 2 | 100 |
| | GU 3 | 100 |
| | GU 4 | 50 |
| | GU 5 | 50 |
| | GU 6 | 100 |
| | EU 1 | 100 |
| | EU 2 | 50 |
| EU 3 | 100 | |
| Saale-Holzland-Kreis | Landkreis | 100 |
| Saale-Orla-Kreis | Landkreis | 50 |
| Saalfeld-Rudolstadt | Landkreis | 100 |
| Schmalkalden-Meiningen | Landkreis | 78 |
| Sömmerda | Landkreis | 89 |
| Sonneberg | Landkreis | 100 |
| Suhl | Stadt | 100 |
| Unstrut-Hainich-Kreis | GU | 67 |
| | EU | 100 |
| Wartburgkreis | Landkreis | 50 |
| Weimar | Stadt | 100 |
| Weimarer Land | Landkreis | 2 |

*Angaben nur zum Teil mit Unterscheidung nach GU/EU

**zum Stichtag 31.08.2018

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 3507 des Abgeordneten Herrgott (CDU)

| Landkreis/kreisfreie Stadt | Jahr | Neueinstellungen |
|----------------------------|------|------------------|
| Altenburger Land | 2014 | 1 |
| | 2015 | 2 |
| | 2016 | 4 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Eichsfeld | 2014 | - |
| | 2015 | - |
| | 2016 | 2 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Eisenach | 2014 | - |
| | 2015 | 3 |
| | 2016 | 1 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | 4 |
| Erfurt | 2014 | k. A. |
| | 2015 | k. A. |
| | 2016 | k. A. |
| | 2017 | 2 |
| | 2018 | 4 |
| Gera | 2014 | - |
| | 2015 | 4 |
| | 2016 | 2 |
| | 2017 | 2 |
| | 2018 | 1 |
| Gotha | 2014 | k. A.** |
| | 2015 | k. A.** |
| | 2016 | k. A.** |
| | 2017 | k. A.** |
| | 2018 | k. A.** |
| Greiz | 2014 | - |
| | 2015 | 3 |
| | 2016 | 3 |
| | 2017 | 1 |
| | 2018 | 2 |
| Hildburghausen | 2014 | 1 |
| | 2015 | 5 |
| | 2016 | 8 |
| | 2017 | 2 |
| | 2018 | - |
| Ilm-Kreis | 2014 | 2 |
| | 2015 | 2 |
| | 2016 | - |
| | 2017 | - |
| | 2018 | 1 |

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 3507 des Abgeordneten Herrgott (CDU)

| | | |
|-------------------------------|------|------|
| Jena | 2014 | - |
| | 2015 | 2 |
| | 2016 | 4 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Kyffhäuserkreis | 2014 | 2 |
| | 2015 | 7 |
| | 2016 | 4 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | 1 |
| Nordhausen | 2014 | - |
| | 2015 | 10,5 |
| | 2016 | - |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Saale-Holzland-Kreis | 2014 | - |
| | 2015 | - |
| | 2016 | - |
| | 2017 | 1 |
| | 2018 | - |
| Saale-Orla-Kreis | 2014 | - |
| | 2015 | 5 |
| | 2016 | 3 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | 2 |
| Saalfeld-Rudolstadt | 2014 | - |
| | 2015 | 4 |
| | 2016 | 6 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | 2 |
| Schmalkalden-Meiningen | 2014 | - |
| | 2015 | - |
| | 2016 | 13* |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Sömmerda | 2014 | 2 |
| | 2015 | 9 |
| | 2016 | 1 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Sonneberg | 2014 | - |
| | 2015 | 3 |
| | 2016 | - |
| | 2017 | 1 |
| | 2018 | 4 |

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage 3507 des Abgeordneten Herrgott (CDU)

| | | |
|------------------------------|-------------|-------------|
| Suhl | 2014 | - |
| | 2015 | - |
| | 2016 | - |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Unstrut-Hainich-Kreis | 2014 | - |
| | 2015 | 2 |
| | 2016 | 5 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Wartburgkreis | 2014 | 1 |
| | 2015 | 4 |
| | 2016 | 3 |
| | 2017 | 1 |
| | 2018 | - |
| Weimar | 2014 | k. A. |
| | 2015 | 2 |
| | 2016 | 3 |
| | 2017 | 2 |
| | 2018 | 1 |
| Weimarer Land | 2014 - 2018 | insgesamt 8 |

- * Neuausschreibung der Sozialarbeit: ab 01.05.2016 insgesamt 9 VBE (verteilt auf 13 Personen bei 5 verschiedenen Trägern)
- ** Da die migrationsspezifische Betreuung und Beratung durch verschiedene externe Unternehmen/Anbieter durchgeführt wird, kann keine Aussage zu den Neueinstellungen bzw. Umsetzungen seit 2014 getroffen werden.

Anlage 3 zur Kleinen Anfrage 3507 des Abgeordneten Herrgott (CDU)

| Landkreis/kreisfreie Stadt | Jahr | Umsetzungen |
|----------------------------|-------------|-------------|
| Altenburger Land | 2014 | 1 |
| | 2015 | - |
| | 2016 | - |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Eichsfeld | 2014 | k. A. |
| | 2015 | k. A. |
| | 2016 | - |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Eisenach | 2014 - 2018 | - |
| Erfurt | 2014 | k. A. |
| | 2015 | 3 |
| | 2016 | k. A. |
| | 2017 | 7 |
| | 2018 | k. A. |
| Gera | 2014 - 2018 | k. A.** |
| Gotha | 2014 - 2018 | k. A.** |
| Greiz | 2014 - 2018 | - |
| Hildburghausen | 2014 | - |
| | 2015 | - |
| | 2016 | 2 |
| | 2017 | 1 |
| | 2018 | 1 |
| Ilm-Kreis | 2014 | 2 |
| | 2015 | 2 |
| | 2016 | - |
| | 2017 | - |
| | 2018 | 1 |
| Jena | 2014 | - |
| | 2015 | 2 |
| | 2016 | 4 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Kyffhäuserkreis | 2014 | - |
| | 2015 | - |
| | 2016 | 3 |
| | 2017 | 2 |
| | 2018 | - |
| Nordhausen | 2014 - 2018 | k. A. |
| Saale-Holzland-Kreis | 2014 - 2018 | - |
| Saale-Orla-Kreis | 2014 | - |
| | 2015 | 1 |
| | 2016 | - |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |

Anlage 3 zur Kleinen Anfrage 3507 des Abgeordneten Herrgott (CDU)

| | | |
|-------------------------------|-------------|-------------|
| Saalfeld-Rudolstadt | 2014 | - |
| | 2015 | - |
| | 2016 | 1 |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Schmalkalden-Meiningen | 2014 - 2018 | k. A. |
| Sömmerda | 2014 - 2018 | insgesamt 4 |
| Sonneberg | 2014 - 2018 | - |
| Suhl | 2014 - 2018 | - |
| Unstrut-Hainich-Kreis | 2014 | 2 |
| | 2015 | 1 |
| | 2016 | - |
| | 2017 | - |
| | 2018 | - |
| Wartburgkreis* | 2014 | - |
| | 2015 | 1 |
| | 2016 | - |
| | 2017 | - |
| | 2018 | 1 |
| Weimar | 2014 | k. A. |
| | 2015 | - |
| | 2016 | - |
| | 2017 | 2 |
| | 2018 | - |
| Weimarer Land | 2014 - 2018 | - |

* Bei den Angaben der Umsetzungen sind die externen Anbieter nicht eingeschlossen.

** Da die migrationsspezifische Betreuung und Beratung auf verschiedene externe Anbieter/Träger übertragen wurde, kann von der betreffenden kommunalen Gebietskörperschaft keine entsprechende Aussage getroffen werden.